Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 70 (1976)

Heft: 1

Artikel: Hintergründe der "Aufklärung" in den USA : eine Botschaft des Nobelpreisträgers Prof. Dr. G. Wald

Autor: Wald, G.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142525

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zung nimmt ein immer ernsteres Ausmaß an, der Anteil der durch Umweltverschmutzung Erkrankten nimmt rapid zu. Noch nie wurde das Recht auf Leben des japanischen Volkes so sehr mit Füßen getreten wie heute angesichts der Intensivierung der Ausbeutung und Expropriation, der Inflation von noch nicht dagewesenem Ausmaß, der plötzlichen Teuerung bei den lebensnotwendigen Artikeln, der Existenznot und anderen.
So betrachtet mutet die amerikanische Unabhängigkeitserklärung an, als sei sie für die Welt von heute, für das japanische Volk geschrieben. Heute, wo das Recht auf Leben für jeden einzelnen und zugleich für alle Völker, für die ganze Menschheit bedroht ist, liefert diese Erklärung die «unsterblichen Worte», die die Menschheit in ihrem Kampf gegen den größten Diktator und Tyrannen der Geschichte anleiten, diesem Kampf das Fundament geben.

Angesichts der bevorstehenden Feiern zum zweihundertsten Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung klammerte sich Nixon, den Geist dieser Erklärung mißachtend, umso verzweifelter an die Macht. Seine Absicht konnte er nicht erreichen. Voraussichtlich wird es Ford, Nixons anderes Ich, sein, der 1976 als Veranstalter der Zweihundertjahrfeier auftreten wird. Wird der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung aber damit Genüge getan sein? Keineswegs. Es ist das vietnamische Volk, das die «unsterblichen Worte» dieser Erklärung aufnahm, ihre Prinzipien in die Tat umsetzte und die amerikanischen Imperialisten bekämpfte. Genauso muß auch das japanische Volk bei der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung ansetzen, das Recht auf Leben für die ganze Menschheit und sich selbst schützen, sein Recht auf Revolution und seine Pflicht zur Revolution gegenüber dem größten Unterdrücker der Geschichte und seinen Helfershelfern wahrnehmen. Das ist die geeignetste Art und Weise, den zweihundertsten Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung zu begehen, und das ist zugleich auch die einzige Voraussetzung, die den Weg in das «Reich der Freiheit» garantiert.

Hintergründe der «Aufklärung» in den USA

Eine Botschaft des Nobelpreisträgers Prof. Dr. G. Wald

Ein vorherrschender Mythos unserer Zeit ist es, daß Regierungspolitik auf Information beruht — daß also eine Regierung, nachdem sie sich Gewißheit darüber verschafft hat, welche Politik das öffentliche Wohl am meisten fördert, diese Politik auch verfolgt. Dieser Glaube ist es auch, der den ständigen Ruf nach mehr Forschung nährt.

Tatsächlich aber ist fast das genaue Gegenteil wahr: Nachdem sich eine Politik — gewöhnlich aus wirtschaftlichen und «politischen» Überlegungen — entschieden hat, wird die Information gesucht, welche diese Entscheidung stützt. Das heißt: **Die Information folgt der Politik und nicht umgekehrt.**

Betrachtet man nun die Information selbst — und ihre Entstehung — so ist es nötig, **Anwaltschaft** von **Urteil** zu trennen. Der Anwalt vertritt die Interessen seines Klienten im Prozeß. Anwaltschaft ist einseitig. Vermutlich bereitet sich ein anderer, vielleicht gleich fähiger Advokat, darauf vor, die Gegenseite zu vertreten. Das Urteil hingegen ist dann etwas völlig anderes. Es hat beide Seiten abzuwägen — unparteiisch, wie man hofft, sofern das menschenmöglich ist. Hier darf schließlich kein offenkundiges Ungleichgewicht herrschen. Ein Urteil muß uneigennützig sein: Der es fällt, darf sich daraus weder Vorteile versprechen können, noch darf er Nachteile fürchten.

Das sind wichtige Überlegungen in der öffentlichen Debatte, die gegenwärtig über die Kernenergie geführt wird. Eine verwirrte und verunsicherte Öffentlichkeit wird mit technischen Spezialproblemen konfrontiert, die ihre Fähigkeit, sie zu beurteilen, weit übersteigen und hat wenig feststehende Information zur Verfügung. In einer solchen Situation ist die Öffentlichkeit gezwungen, sich auf die Meinungen der Sachverständigen zu verlassen. Und dabei ist es von größter Wichtigkeit, ob diese Experten Befürworter oder «Urteilende» sind. Einer der Hauptgründe für die Untergrabung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die amerikanische Atomenergiekommission war die wachsende Erkenntnis, daß der Hauptstoß dieser Behörde in Richtung einer Befürwortung der Nuklearindustrie ging, die sich in diesem Land **fast völlig in Privatbesitz** befindet und daß die Kommission bereit war, zur Erreichung dieses Ziels bei den Sicherheits- und Kontrollvorschriften Zugeständnisse zu machen. Es war hauptsächlich die Leistung von Außenseitern — Physikern, Ingenieuren, Biologen, die weder für die Regierung noch für die Industrie arbeiteten, ja sogar dabei von Regierung und Industrie bekämpft wurden — daß schließlich einigermaßen schärfere Sicherheits- und Kontrollvorschriften erzwungen wurden.

Man muß zur Kenntnis nehmen, daß wir, wie in vielen anderen Belangen, keine ausgewogene Situation — pro und kontra — vor uns haben. Die Wissenschafter der Universitäten müssen ihre Stellungnahmen in einem sehr spannungsgeladenen System erarbeiten. Während sie, was wir annehmen müssen, versuchen, objektive und unparteiische Standpunkte zu beziehen, ist es nichtsdestoweniger richtig, daß eine Seite, die den schnellen Ausbau von Kernenergie, die Lockerung der Sicherheitsvorschriften, die Bagatellisierung der Risiken, die Beschwichtigung der Öffentlichkeit befürwortet, daß diese Seite hinter sich enorme

industrielle, politische und finanzielle Unterstützung hat. Diese Seite offeriert großen und sofortigen Gewinn, offizielle Zustimmung, begierige Aufnahme, breite Publizität. Der andere Standpunkt, der sich mit Problemen beschäftigt wie Sicherheit von Kernkraftwerken, Kontrolle der radioaktiven Verseuchung, Plutonium-239 als hochgiftigem Stoff und Grundlage für A-Bomben, und der Belastung durch die Atommülllagerung die noch immer völlig ungelöst ist, und die für Zehntausende, ja vielleicht Hunderttausende von Jahren ein Problem bleiben wird — dieser oppositionelle Standpunkt, der vom Wunsch, die weitere Ausbreitung von Kernenergie solange einzudämmen, bis sie besser abgesichert werden kann, bis zum Wunsch reicht, alle gegenwärtigen Systeme der Kernenergie abzubauen — dieser oppositionelle Standpunkt hat keinen Gewinn anzubieten, sondern nur seine Überzeugung. Hinter diesem Standpunkt stehen keine Interessen, außer die der Öffentlichkeit, der Gesellschaft als Ganzes.

Anfang 1975 veröffentlichte eine Gruppe von zweiunddreißig «angesehenen Wissenschaftern», hauptsächlich Physiker, eine «Stellungnahme der Wissenschafter zur Energiepolitik», die den schnellen Ausbau der Kernenergieanlagen in den Vereinigten Staaten als einzige realistische Lösung des kommenden Energiebedarfs forderte; eine Stellungnahme, die trotz der eingestandenermaßen innewohnenden Gefahren aussagt, daß es nicht nur keine augenscheinliche Alternative gäbe, sondern daß beim Ausbau der Kernenergie unter angemessener Sorgfalt der Nutzen die Risiken bei weitem überwiegen würde.

War diese Stellungnahme Befürwortung oder Beurteilung? Man hofft auf letzteres. Denn viele der Unterzeichner sind bedeutende Wissenschafter, unter ihnen eine beträchtliche Zahl von Nobelpreisträgern, weithin respektiert von ihren Kollegen. Sechsundzwanzig von diesen zweiunddreißig Wissenschaftern sind Akademiker, die in der Stellungnahme nur mit ihrer Zugehörigkeit zu einer Universität ausgewiesen werden. **Mit einiger Bestürzung habe ich deshalb eine Analyse eines Physikerkollegen gelesen, der aufgezeigt hat, daß vierzehn der sechsundzwanzig akademischen Unterzeichner Mitglieder von Aufsichtsräten großer amerikanischer Konzerne sind, darunter auch von Konzernen, die direkt oder indirekt mit Energieprodukten zu tun haben.**

Das Geschäft der Energieindustrie ist es nicht, Energie zu machen, sondern Geld zu machen. In Verfolgung dieses einzigen Zwecks interveniert sie ununterbrochen bei der Regierung, unterstützt politische Parteien und Politiker, wendet Millionen Dollar für «Erziehungs-Programme» auf und unternimmt alles, um Vorschriften zu entgehen.

Wir werden gefragt, ob es nicht möglich wäre, die technischen Probleme, die uns betreffen, zu lösen, um Nuklearenergie sicher herzustellen. Nehmen wir einmal, nur um des Argumentes willen, an, daß

die Antwort **ja** ist — daß diese technischen Probleme zeitgerecht gelöst werden könnten. Aber das ist der falsche Weg, die Frage zu stellen. Die wirkliche Frage ist nicht, ob Nuklearenergie denkbar **sicher** produziert werden könnte, sondern ob sie sicher **mit Profit** produziert werden könnte — ja eigentlich mit einem **maximalen** Profit. Es ist kein Problem der Ingenieurkunst, sondern des ökonomischen Managements. Und die Antwort auf diese Frage, fürchte ich, ist **nein.**

(Prof. Dr. G. Wald, Harvard Univ. Inst. of Biology an das Ludwig Boltzmann Inst. für Umweltwissenschaft. Wien, 28./29. Aug. 1975)

in «Das Gewissen», Dez. 1975

Hinweise auf Bücher

1974 Helvetisches Verfassungsjubiläum

1973 waren hundertfünfundzwanzig Jahre verflossen seit sich die Schweiz, nach dem Sonderbundskrieg ihre erste Verfassung gab. Und ein Jahr später, 1974, hatte die Eidgenossenschaft unter ihrem noch heute gültigen Grundgesetz von 1874, das gegenüber 1848 erweiterte Volksrechte brachte, hundert Jahre zurückgelegt. Der Bundesrat beschloß, dieses letzteren Jubiläums durch Herausgabe eines kulturellen Werkes zu gedenken, wohl vor allem um der jungen Generation «den Weg und die Schwierigkeiten, die unser Land in den letzten Jahrzehnten zu bewältigen hatte», vor Augen zu führen.

Das Erinnerungswerk, das vom Bundespräsidenten für 1974, Ernst Brugger, auf sympathische Weise eingeführt wird, präsentiert sich zu deutsch als «Lesebuch», französisch als «Choix de textes», was etwas weniger an die Schulstube gemahnt. Alle vier Landessprachen sind, wie es sich gehört, mit Beiträgen vertreten; sie bedeuten eine erfreuliche Bereicherung der Schau. Die Arbeitsgruppe, die die Auswahl traf, setzte sich zum Ziel, «wichtige Ereignisse der jüngeren Vergangenheit zu belegen» — «die lebendige, die diskutierte Schweiz in den Mittelpunkt zu stellen». «Bestimmte Aspekte der schweizerischen Wirklichkeit, auch solche, die man gerne übersieht, sollten gezeigt werden».

Wie die Motivierung des Werkes erwarten läßt, nehmen einige Texte Bezug auf die Entstehung der Verfassungen von 1848 und 1874, wie auch auf die Geschichte der Alten Orte. Im Hauptteil, der auf die mannigfaltigen Aspekte schweizerischen Wesens hinweist, wie sie in unserem Schrifttum und in unserem politischen und kulturellen Leben in Erscheinung treten, ragt die Rede Carl Spittelers «Unser Schweizer Standpunkt» vom 14. Dezember 1914 über alle Beiträge empor. Wie mehrmals in unserer Geschichte überwand damals ein überlegener Geist und Charakter die Krise, die das Land zu zerreißen drohte. Ähnliche gefahrvolle Epochen vom Generalstreik von 1918 über das Frontenwesen bis zum Zweiten Weltkrieg werden ans Licht gezogen. Auch der nie endende wirtschaftliche Kampf der Schweiz, um einen Platz an der Sonne und etwas Bewegungsfreiheit, erfahren eine Würdigung, wie dies angesichts der internationalen Bemühungen um wirtschaftliche Integration und der gefährlichen Ballungen ökonomischer Macht durchaus angezeigt ist. Die Frage nach den Aussichten des Kleinstaates in einer solchen Umwelt ergibt sich so von selbst, und die Versuche, eine Antwort darauf zu finden, die auch der jungen Generation einleuchtet, gehören zum Wertvollsten im ganzen Buch.

Die Liste der Verfasser gibt ein Bild von der Vielfalt der Themen und der